

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Schieber und Verbrecher in der Wirtschaft

In der deutschen Wirtschaft häuft sich Skandal auf Skandal. Die Staatsanwaltschaft hat sich zu keiner Zeit in einem so erheblichen Umfang mit Großunternehmen zu befassen gehabt wie gegenwärtig. Das deutsche Kapitalistenpublikum hat bestimmten Großunternehmen seine Gelder zur Verfügung gestellt, um eines Tages zu erleben, daß das Vertrauen, das man sogenannten Wirtschaftsführern schenkte, schändlich mißbraucht wurde. Man bedenke, welche Fälle sich in verhältnismäßig kurzer Zeit ereigneten: Der Skandal der Frankfurter Versicherungsgesellschaft wird gerade jetzt vor deutschen Gerichten aufgerollt; der Konkursverwalter des Nordwolle-Konzerns weiß gar nicht, wie er sich durch diesen Wust betrügerischer Manipulationen hindurchfinden soll; der Fall der Danatbank ist noch in frischer Erinnerung. Wir nennen weiter folgende Fälle: Zementkonzern Wicking, Karstadt, die Weberei Hannover-Linden, die Linoleum-Werke usw. Als letztes Glied in dieser Kette erscheint die Schultheiß-Patzenhofer-Gesellschaft. Dieses Unternehmen galt bis vor kurzem als das beste der Welt. Mit einmal wurde offenbar, daß betrügerische Generaldirektoren und Bankleute dieses Unternehmen um nicht weniger als 40 Millionen Mark geschädigt hatten.

Eine solche Kette von skandalösen Vorgängen hat die privatkapitalistische Wirtschaft in Deutschland noch nicht zu erleben gehabt. Daraus kann man ersehen, daß es mehr als faul in den Führungsschichten der Privatwirtschaft aussieht. Wir wollen uns weniger mit den einzelnen Fällen an sich beschäftigen, sondern in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß diese Zusammenbrüche eine Entwicklungsperiode beenden, die in der Inflation durch die Konzernbildungen eingeleitet wurde. Als der große Inflationsschieber Stinnes sein Warenhaus für Sachwerte zusammengeschachert hatte, ließ dieser Ruhm andere spekulative Persönlichkeiten nicht schlafen. Sie begannen ihrerseits Konzerne zusammenzubauen. Der alte solide Unternehmer, der unter sparsamster Wirtschaftsführung sich von kleinen Anfängen hinaufgearbeitet hatte, galt als überholt. Der Händler von Aktienpaketen wurde der Unternehmertypus der neuen Zeit. Und so begann man in allen Industriezweigen, teilweise mit Hilfe von geborgtem in- und aus-

ländischen Kapital, Großunternehmen zu schaffen. Bei Karstadt begnügte man sich nicht mit der Errichtung großer Warenhausgebäude und der Fusion mit ähnlichen Unternehmen, es mußten auch Produktionsgesellschaften usw. errichtet werden. Die alte solide Bierbrauerei Schultheiß mußte mit Likör-, Glas- und Zementfabriken zu einem vertikalen Konzern verbunden werden. Es waren überall Personen am Werke, die die anonyme Aktiengesellschaft als einen Vorhang benutzten, hinter dem sie ihre spekulativen Geschäfte machen konnten. Nur auf eine solche Weise konnte sich ein Herr Katzenellenbogen zum Generaldirektor der Schultheiß-Brauerei aufschwingen.

Die schlimmste Rolle bei alledem haben die Aufsichtsräte gespielt. Meistens waren es Vertreter der Großbanken. Ob man nun Gesellschaften wie die Favag, Nordwolle, Wicking, Schultheiß oder andere nimmt, die Großbankvertreter haben die Dinge ruhig laufen lassen. Diese Herren haben die ihnen anvertrauten Gelder nicht nur nicht ordentlich verwaltet, sie haben sie jenen verbrecherischen Elementen obendrein noch zu Spekulationszwecken zur Verfügung gestellt. Im Falle Schultheiß waren zwei Großbankvertreter, Goldschmidt von der Danatbank und Reinhart von der Commerzbank, sogar von der Spekulationswirtschaft genau informiert. Trotzdem haben sie nichts getan, um die Aktionäre oder die Öffentlichkeit aufzuklären. Deshalb müssen derartige Personen von ihren Posten entfernt werden. Geht es so weiter, so wird das letzte bißchen Vertrauen in die deutsche Wirtschaftsführung bald vollständig vertan sein. Kein Ausländer ist mehr bereit, Gelder nach Deutschland zu leiten, weil er ja nicht weiß, was damit geschehen wird. Alle die Fälle beweisen, wie recht die Gewerkschaften hatten, als sie die gesetzliche Kontrolle der Aktiengesellschaften und der Banken forderten. Und da stellt sich ein Mensch wie Fritz Thyssen in New York hin und erzählt fremden Personen, daß die deutsche Wirtschaft durch die — Gewerkschaften zugrunde gerichtet sei. Die deutsche Wirtschaft ist teilweise in Händen von Schiebern und Verbrechern. Nur ein eiserner Besen vermag diesen Augiasstall auszumisten.

die Löhne immer weiter gekürzt wurden, so daß sie immer weniger kaufen konnten. Selbst so betrachtet, führt also die Lohnsenkung uns aus der Sackgasse nicht heraus, sondern immer tiefer hinein. In Wahrheit liegen die Dinge freilich etwas anders. Die Warenpreise sind durch Rationalisierung gesunken, weil die zur Produktion erforderliche Arbeit durch die Rationalisierung vermindert worden ist. Sie wären also auf alle Fälle billiger geworden. Die Lohnsenkung war nicht die Ursache der Verbilligung, sondern sie kam hinterher, um die Kosten von den Unternehmern ab- und auf die Angestellten und Arbeiter zu wälzen. So erklärt es sich, daß die Senkung der Großhandelspreise sich so sehr der absoluten Lohnsenkung nähert, dagegen weit entfernt ist von dem Umfang, den sie als Folge der Lohnsenkung haben müßte.

Außerdem ist aber noch eine andere höchst charakteristische Tatsache zu verzeichnen. Nach der Behauptung der Unternehmer sollen billigere Preise den Export vermehren. Gerade das Gegenteil ist eingetreten! Seit Oktober vorigen Jahres haben wir die fortgesetzte Senkung des Großhandelsindex. Und Hand in Hand damit hat die Ausfuhr fortgesetzt abgenommen. Die folgenden Zahlen beweisen das:

	Großhandelsindex		Ausfuhr	
	Total	Fertigfabrikate	Total	Fertigfabrikat.
	(1913 = 100)			
Oktober 1930	120,2	146,9	1073	817
März 1931	113,9	138,7	867	662
August 1931	110,2	135,2	803	616

Allerdings ist die Abnahme der Menge nicht so groß wie die Abnahme des Werts, weil ja eben die Preise inzwischen gesunken sind. Doch selbst wenn wir das berücksichtigen, bleibt bei den Fertigfabrikaten — dem entscheidenden, lebenswichtigen Teil der deutschen Ausfuhr — eine Abnahme um rund 20 vH übrig. Es trifft also wiederum nicht zu, daß Preissenkung unter allen Umständen die Ausfuhr vermehrt. Wie sollte sie auch, da die Wirtschaft im Auslande ebenso daniederliegt wie bei uns. Hand in Hand mit der allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaft geht auch der Export zurück. Das kann ja wohl nicht anders sein. Und somit sind alle Behauptungen der Unternehmer durch die Tatsachen widerlegt. Die Lohnsenkungen haben die Gesteungskosten der Unternehmer vermindert, aber nicht die Warenpreise. Aus anderen Gründen (Rationalisierung) sind die Warenpreise gesunken, aber darum ist der Absatz nicht gestiegen, sondern hat, wie namentlich der Export zeigt, immer weiter abgenommen. Es liegt demnach klar zutage, daß Lohnkürzung die Wirtschaftslage nicht im allermindesten bessert.

Ibykus.

Wie lange noch Lohnsenkung?

„Was die neue Notverordnung bringt.“ So heißt jetzt schon eine ständige Rubrik in den deutschen Tageszeitungen, die mindestens jede Woche einmal erscheint, oft aber auch zwei- und dreimal. Studiert man nun diese fortwährend in Kraft tretenden Notverordnungen, so laufen sie alle auf Lohnkürzungen hinaus. Das ist ihr wesentlicher Inhalt. Es scheint geradezu, als ob die Regierung Brüning glaubt, in den ununterbrochen fortgesetzten Lohnkürzungen das Allheilmittel gefunden zu haben. Indessen sollte man sich doch auch einmal die Frage vorlegen, wie lange das noch so fortgehen kann? Wie tief sollen Löhne und Gehälter denn eigentlich sinken?

Fragen wir zunächst, wie tief sie bereits gesunken sind, so ist das nicht ganz leicht zu ermitteln. Lange Zeit war die Lohnberechnung aus der amtlichen Statistik verschwunden. Ende September ist sie wieder da. Allerdings handelt sie, wie auch früher, nur von den Tariflöhnen und will bei ihnen erst seit Ende 1930 eine Senkung konstatieren, die (im Durchschnitt von 17 Berufen) bis April noch nicht ganz 6 vH gegenüber dem höchsten Stand des Vorjahres betragen soll. Wer die Sache am eigenen Leibe mit erlebt hat, wird sich baß wundern. So wenig ist es uns doch gar nicht vorgekommen. Und in der Tat, nach den Berechnungen von Kuczynski stimmen diese Angaben eben nur für die Tariflöhne, deren Durchschnitt in den drei Monaten von etwa 49 auf 46 M die Woche gesunken ist. Schon wenn man das mit dem amtlichen Lebenshaltungsindex auf den Reallohn umrechnet, kommt eine Senkung von etwa 8 1/2 vH heraus (obwohl der amtliche Index die Dinge zu günstig malt). Rechnet man aber alles zusammen, was Angestellte und Arbeiter wirklich bekommen haben, so schwilt die tatsächliche Lohnsenkung (gegenüber dem Höchststand von 1930) auf etwa 18 vH an. Daß dies der Wahrheit viel näher kommt, sagt uns nicht nur die eigene Erfahrung, sondern die amtliche Statistik selbst (in dem Wochenbericht des Konjunkturinstituts vom 26. August 1931), bemißt das Mindereinkommen der deutschen Angestellten und Arbeiter in der ersten Hälfte 1931 auf 12 vH und nennt dies eine sehr vorsichtige Schätzung.

Nehmen wir also an, es seien tatsächlich bisher nur erst etwa 15 vH der früheren Löhne und Gehälter gekürzt. Ist es nicht endlich an der Zeit, die Frage zu stellen, wie lange das noch so fortgehen soll? 15 vH Lohnverlust sind unerhört viel für den Angestellten und Arbeiter und für den Absatz aller der Waren, die sie kaufen. Aber nun, wie gesagt, kommen

immer neue und neue Verordnungen. Wann gedenkt man aufzuhören? Bei 50 vH? Bei 60 vH? Oder wann?

Da sieht man wieder einmal, wie der rote Marxist hetzt! Die Lohnkürzungen sollen bekanntlich die Gesteungskosten senken, damit die Waren billiger verkauft werden können; dann wird der Absatz steigen, namentlich die Ausfuhr, die Produktion wird zunehmen, die Krise wird aufhören und die Löhne werden wieder steigen.

Wundervolle Versprechungen. Aber was ist davon bisher eingetroffen? Gehen wir systematisch vor. Wie hat die bisherige Lohnsenkung auf die Preise gewirkt?

Wunder über Wunder! Nicht nur gesunken sind die Preise — nur vom Großhandel ist selbstverständlich die Rede —, sie sind sogar viel stärker gesunken, als die Lohnsenkung bewirkt haben kann. Im Durchschnitt aller deutschen Produktionszweige dürfte der Lohn etwa ein Drittel der gesamten Gesteungskosten ausmachen. Aber seien wir großzügig, setzen wir statt dessen 40 vH, wodurch die Einwirkung des Lohns auf den Verkaufspreis (wenn sie überhaupt vorhanden wäre) noch verstärkt würde. Wir wollen weiter annehmen, daß der Profitaufschlag auf die Gesteungskosten 40 vH beträgt und daß die Unternehmer nach der Lohnkürzung mit 40 vH Aufschlag auf die verminderten Unkosten zufrieden sind. Dann lehrt ein einfaches Rechenexempel, daß unter solchen Umständen eine 6prozentige Lohnkürzung den Verkaufspreis um 2,4 vH senken könnte und eine 15prozentige Lohnkürzung um 6 vH. (Dies zeigt zugleich, daß die Lohnkürzung, selbst wenn sie eine Verbilligung der Waren herbeiführen würde, dadurch doch niemals auch nur entfernt wettgemacht werden kann.) Nun aber betrug der Großhandelsindex für:

	Total	Fertigfabrikate
Höchststand 1930	132,3	156
April 1931	113,7	137,2
Abnahme	14 vH	12 vH

Anstatt der 6 vH, die durch die 15 vH Lohnkürzung hätten verursacht sein können, sind die Waren im Großhandel um 12 oder gar um 14 vH billiger geworden! Wie sollen wir uns das erklären? Gewiß, die gewaltige Absatzstockung hat die Unternehmer gezwungen, mit den Preisen immer noch weiter herunter zu gehen. Aber dann muß man doch sofort weiter fragen: wieso hat denn trotz verbilligter Preise der Absatz weiter gestockt? Und noch dazu so stark? Die Antwort liegt auf der Hand: eben gerade weil den breiten Massen

Rätselraten über den Wirtschaftsbeirat

Seitdem die Kunde von der Bildung eines Wirtschaftsbeirates erschien, hat das Rätselraten nach seinem eigentlichen Zweck nicht aufgehört. Und heute, am 28. Oktober, wo der Beirat zusammentritt, sind die Fragen nach seinem Daseinszweck zahlreicher als je. Zu was er dienen soll, haben wir hier letzte Woche schon dargelegt. Unsre Meinung, daß er „die Löhne beweglicher“ machen soll, wird durch die Unternehmerpresse tagtäglich bestätigt. Die Regierung, die den Beirat berufen hat und für seine Entscheidungen die volle Verantwortung trägt, hüllt sich über das Streben der Unternehmer in Schweigen. Das ist nur in einem Sinne zu deuten.

Der neue Lohnabbau wird mit dem Fallen des englischen Pfundes begründet, wobei man von durchaus umstrittenen Tatsachen ausgeht. Das Unternehmertum spricht davon, die Tarife und Löhne „beweglicher“ zu machen. Man will sie der Preisbewegung auf den Auslandsmärkten mehr anpassen. Es gibt, wie man sieht, genügend schöne Worte, um eine schmierige Absicht zu verbrämen. Ob man von einer Beweglichkeit, Elastizität oder von einer Anpassung der Tarife und Löhne spricht, ist vollständig Nebensache, Hauptsache aber ist und bleibt immer ein noch tieferer Griff in die Lohnkassette. Darüber wird es jetzt nun wohl in der ganzen Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheit geben.

Die Gewerkschaften haben sich dem Wunsche der Regierung, in ihrem Wirtschaftsbeirat vertreten zu sein, nicht versagt. In der Tarifrfrage und in der Frage des Lohnabbaus gibt es aber bei den Gewerkschaften nur eine recht klare Linie: Sie werden die Tarife nicht antasten lassen und werden sich unter allen Umständen und mit allen Kräften gegen die Forderungen des Unternehmertums wenden.

Andererseits wird davon gesprochen, daß die Regierung im Wirtschaftsbeirat endlich auch die Preisfrage anpacken will. Es heißt, man wolle die Preise in Deutschland den gesunkenen Weltmarktpreisen angleichen. Das ist sicherlich angesichts der Tatsache, daß man die Löhne bereits um die Hälfte abgebaut hat, eine äußerst dringliche Forderung. Es kommt aber darauf

Aus dem Inhalt	Seite
Schieber und Verbrecher in der Wirtschaft — Wie lange noch Lohnsenkung? — Rätselraten über den Wirtschaftsbeirat	319
Ziele der Geldverdräber — Thyssen will die Amerikaner voräppeln — Der Stand der Arbeitslosigkeit	320
Von der Scham — Roman: Das Leben der Marie Szameitat	321
Zum 9. November — Mein Arbeitstag — mein Wochenende	322
Bäuerlicher Kleinbetrieb oder Gartenheimstätte? — Die freien Gewerkschaften zur Siedlungsfrage	323
Zur Theorie der Krisen — Schriftschau — Anzeigen	324

Ziele der Geldverderber

an, wie die Regierung sich die Lösung dieser Frage vorstellt. Die Regierung Brüning hat sich in dieser Frage bisher nur mit Projekten herumgeschlagen. Es sind dickbändige Gutachten ausgearbeitet worden. Aber der Berg hat gekreißt und nur ein Mäuslein geboren. Die Öffentlichkeit hat von dieser Preisermäßigung so gut wie gar nichts gemerkt. Jetzt heißt es jedoch, man habe auf dem Gebiet der Markenartikel Erfahrungen gesammelt und wolle hier mit der Preisabbauoffensive einsetzen. Wenn dem so ist, dürften sich die Absichten wieder einmal nach der Richtung des geringsten Widerstandes bewegen, während man gegen den Unfug der Kartelle, der Trusts und der Syndikate nichts unternimmt. Schließlich kann man den ganzen Preisabbau nicht durch den Einzelhandel bezahlen lassen. So sicher der Einzelhandel in der Gewinnspanne nachgeben kann, so sicher ist es auch, daß eine Anpassung unserer Preise an die gesunkenen Löhne nur dadurch erfolgen kann, daß die Kartelle und Trusts ihre Gewinnspannen abbauen.

Die Regierung muß endlich einsehen, daß Kartelle und Trusts in ihrer Preisbildung ein fürchterliches Krebsulcer für die ganze Wirtschaft sind. Ehe man dieses Geschwür nicht aufschneidet, wird es keine Gesundung in der Wirtschaft geben. Man hat dem deutschen Volke seit zwei Jahren erzählt, man müsse über den Abbau der Löhne zu billigeren Preisen kommen. Gut, die Löhne sind abgebaut worden, die Verheißungen einer Ankurbelung der Wirtschaft haben sich aber nicht erfüllt. Sie konnten sich nicht erfüllen, weil dem die Hochhaltung der Preise durch Kartelle und Trusts im Wege steht. Entweder beseitigt die Regierung den Kartellunfug, oder sie versagt überhaupt. Der größte Teil des Unwillens, der sich im deutschen Volke bemerkbar macht, ist durch die Untätigkeit gegenüber dem Kartellunfug begründet.

Wenn man die deutsche Schwerindustrie durch Einfuhrverbote, Zoll, durch Vereinbarungen usw. vor der Einfuhr fremden Eisens schützt, kann die deutsche Schwerindustrie in Deutschland ihr Eisen doppelt so teuer verkaufen als im Auslande. Die binnenländische Wirtschaft wird so zugunsten der Schwerindustrie bis aufs Hemd ausgeplündert.

Die deutsche Landwirtschaft hält seit Wochen systematisch mit der Lieferung von Getreide zurück. Die Getreidepreise, besonders die Roggenpreise, scheinen in den Himmel steigen zu wollen. Es machen sich heute schon Anzeichen einer großen Roggenknappheit und Roggenteuerung bemerkbar. Trotzdem liegt auf der Einfuhr von Getreide ein Zoll, der höher ist als der deutsche Inlandspreis, und dieser Zoll bringt es zuwege, daß deutsches Getreide mehr als doppelt so teuer ist als Auslandsgetreide. Mit vielen Agrarartikeln, die die breiten Massen zum Lebensunterhalt dringend gebrauchen, steht es nicht viel anders.

Während die Lebensmittelpreise ungeheuer hochgehalten werden, müdet man den Massen zu, in einen Lohn einzuwilligen, der kaum noch die Lebenshaltung des Negerarbeiters in Südafrika gewährleistet. Man soll die Zölle, die nur einzelnen Interessentenschichten zugute kommen, radikal ermäßigen oder beseitigen — und das Problem ist mit einem Schlage gelöst. Der Unfug der Kartell- und Trustpreise wird damit mit einem Schlage beseitigt sein.

Ob sich der Wirtschaftsbeirat auch mit solchen Übelständen beschäftigt und ihnen ernstlich zu Leibe geht?

Thyssen will die Amerikaner veräppeln

Die große Schuld der sogen. Wirtschaftsführer Deutschlands an dessen außergewöhnlichem wirtschaftlichen Dalles ist allgemein bekannt und kann bei einiger Wahrheitsliebe nicht bestritten werden. Jedenfalls nicht im Auslande, das der deutschen Industrie Kredite gegeben hat. Da das Ausland besser über die deutschen Wirtschaftsverhältnisse unterrichtet ist als die meisten Deutschen selbst, so braucht man sich nicht zu wundern, daß dort der Ruf der deutschen Industrieherrn bedenklich schlecht geworden ist, was seinen Ausdruck auch in dem kalten Empfang findet, der deutschen kreditstuchenden Industriellen im Auslande zuteil wird.

Um diesen Stand der Dinge zu ändern, hat der deutsche Schwerindustrielle Thyssen kürzlich in New York vor amerikanischen Wirtschaftsführern versucht, die Grundursache der deutschen Wirtschaftsnot darzulegen. Zweidrittel seines Vortrages hat Thyssen darauf verwandt, den amerikanischen Unternehmern einzureden, daß neben dem Versailler Vertrag die deutschen Gewerkschaften die Wirtschaft auf den Hund gebracht hätten. Für die Gewerkschaften sei die demokratische Republik nur das Mittel, um als Endziel den sozialistischen Staat zu erreichen. „Das Ideal der politischen Demokratie“, so erklärte Thyssen, „ergänzen sie (die Gewerkschaften) durch das Ideal der Wirtschaftsdemokratie als der Vorstufe zum Sozialismus. Die Staatsmacht soll den breiten Massen den Weg frei machen zur Wirtschaftsmacht... Die Staatsmacht wurde zu einem großen Teil in Deutschland legales Mittel des proletarischen Klasseninteresses. Die Steuerlast stieg, die Sozialabgaben wurden größer, die mißhandelte private Wirtschaft geniet immer mehr ins Gedränge — kurzum die Entwicklung trieb dahin, wo wir heute stehen. Das sind die Auswirkungen der in der demokratischen Republik aufgeführten und legalisierten sozialistischen Revolution von 1918.“ Thyssen sprach dann von der Wirkung der Reparationszahlungen, um dann weiter auszuführen: „Neben den Reparationen lasten am meisten die Folgen der sozialistischen Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften auf der deutschen Wirtschaft.“ Den amerikanischen Unternehmern wird es eiskalt — oder auch nicht — im Rücken heruntergelaufen sein, als der schwerindustrielle Mächtigen-Veräppler dann anscrief: „Das sind die letzten, die legalisierten Auswirkungen der sozialen Revolution in Deutschland! Doch hätten die Gewerkschaften nicht nur diese Schandtaten auf dem Gewissen, sondern sie seien auch die Alleinschuldigen an der überstürzten Rationalisierung in Deutschland: die Gewerkschaften hätten die Industrie durch Arbeitszeitverkürzungen und Lohnherabsetzungen zur Rationalisierung gezwungen usw.“

Als Thyssen den Gewerkschaften die Hauptschuld an dem deutschen Dalles und der Rationalisierung zuschob, da werden die amerikanischen Zuhörer stark gelächelt haben. Thyssen hält die Amerikaner für bedeutend dummer als sie sind. In ihrer Kreise wird, das kann man als sicher annehmen, der deutsche Schwerindustrielle für längere Zeit der Gegenstand des Ulkes und der Verhöhnepöpelung sein. Denn die Urschuld an dem deutschen Dalles auf die Gewerkschaften abschieben, macht die Hüner lachen, zumal in diesen Wochen, wo jeder Tag neue Beweise von der vollendeten Unfähigkeit und der bodenlosen Bankrottwirtschaft des deutschen Unternehmertums bringt. Man denke nur an Nordwolle, Kaninchen, Fava, Schiffschiff usw., an diese lange Kette von Tatbeweisen für die handgreifliche Schuld der Industrie- und Bankherren an dem wirtschaftlichen Tiefstand.

Nur ein Mensch, der völlig blind ist oder vollkommen verlogen, kann die wahren Schuldigen an dem wirtschaftlichen Bankrott auf der Gewerkschaftseite suchen. Die amerikanischen Unternehmern hierin täuschen zu wollen, ist eitles Beginnen. So plump, wie es Thyssen macht, gehts in Amerika wirklich nicht. Die Wirkung wird sein, daß sich in der kapitalistischen Welt Amerikas die geringe Meinung von der Unfähigkeit der deutschen Wirtschaftsführer noch mehr verringert, und daß die amerikanischen Geldgeber noch mißtrauischer werden.

Für die Inflation ist eine Einheitsfront im Lager der Reaktion entstanden. Lohnsenkung, Abbau der Sozialversicherung und der sozialen Ausgaben des Staates — in diesen Forderungen waren die Unternehmer schon längst einig. Nun soll eine Einheitsfront zur Ausbeutung der Arbeiter auch mit Hilfe der Inflation entstanden sein. Vor einiger Zeit noch schien das höchst unwahrscheinlich. Man hätte kaum gedacht, daß z. B. die Banken eine Inflation, die ihre Aktiven vernichten muß, nicht mit aller Kraft bekämpfen würden. Die Industrie, vor allem die Schwerindustrie und ebenso die Landwirtschaft, sind zwar stark verschuldet und möchten gern mit Hilfe einer Inflation ihre Schulden los werden, indem sie diese in entwertetem Geld zurückzahlen. Da aber diese Schulden z. T. Auslandsschulden sind, deren Last im Falle einer Inflation noch außerordentlich ansteigen würde, und auch die inneren Schulden der Industrie und der Landwirtschaft vielfach auf Goldmark lauten, so mußte man, trotz Hugenberg, der schon seit Jahr und Tag Propaganda für die Inflation macht, an der Inflationseigigkeit dieser Kreise Zweifel hegen. Die Nationalsozialisten leisteten zwar ebenfalls mit ihrem Feder-Geld unreifen inflationistischen Plänen seit langem Vorschub. Bedenkt man aber, daß sich im Lager der Nationalsozialisten große Scharen von Angestellten und Beamten befinden, deren Einkommen im Falle einer Inflation zusammenschmelzen müßten, und auch zahlreiche Sparer aus diesen und anderen Kreisen, deren Ersparnisse in der Inflation vernichtet werden, so brauchte man auch diese Pläne nicht allzu ernst zu nehmen.

Die Lage hat sich nunmehr geändert. Trotz einer Erklärung des Reichsverbandes der deutschen Industrie gegen die Inflation hat es den Anschein, als ob der größte Teil der kapitalistischen Mächte samt ihren nationalsozialistischen Trabanten in die Inflationseingänge einschwenkte. Woher die große Wendung?

Der entscheidende Grund für die Stellungnahme zugunsten der Inflation ist zweifellos der Angriff auf die Löhne und die Arbeitslosenunterstützung. Der direkte Abbau von Löhnen und von Sozialleistungen geht den Unternehmern nicht schnell genug. Ihm steht der starke Widerstand der Gewerkschaften entgegen. Viel bequemer und besser ist der andere Weg: Eine Inflation herbeizuführen, die Preise zu erhöhen und verhindern, daß die Löhne den erhöhten Lebenshaltungskosten nachkommen. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Löhne den Preissteigerungen immer nachhinken, und davon glaubt jetzt die Unternehmerrfront einen besonders ausgiebigen Gebrauch zu machen. Die nationalsozialistischen Gefolgsleute sind vor allem deshalb da, um den Erfolg dieses Planes zur Senkung des Reallohnes zu verbürgen.

Seitdem die kurzfristigen Auslandsschulden nach dem Stillhalte-Vertrag vorläufig nicht zurückgezahlt werden, glauben viele Unternehmer offenbar daran, daß es mit der Rückzahlung dieser Schulden überhaupt nicht so ernst sei. Sollte eine Inflation den Wert der deutschen Mark vernichten, so glauben sie einen Vorwand zu er-

halten, jene Zahlungen an das Ausland zu verweigern oder aber das Ausmaß der Schuldzahlung an das Ausland stark herabzusetzen. Daß dabei die Kreditfähigkeit Deutschlands den schwersten Schaden erleiden müßte, scheint jene Unternehmerrkreise, die der Hugenbergschen Propaganda der Selbstgenügsamkeit — Autarkie — mit anderen Worten der wirtschaftlichen Absperrung gegenüber dem Ausland, verfielen, wenig zu beunruhigen. Noch weniger scheinen sie beeinflusst zu sein von den inneren Schulden, die auf Goldmark lauten. Bei ihnen kommen sie die Macht in die Hand, mit der sie eine Inflation zu entfesseln vermögen, so soll es eine Kleinigkeit sein, sich von der Last der Goldmark-Zahlungen zu befreien. Ein Gesetz oder eine Verordnung genügt, um diese Last loszuwerden, und ihre auf Goldmark lautenden Schulden in entwertetem Geld zurückzuzahlen. Die Banken aber, die in einer Inflation gewöhnlicherweise alles, was sie haben, verlieren, scheinen keine Angst mehr davor zu haben — vielleicht deshalb, weil sie bereits alles verloren haben und es erst eine Inflation verhindern kann, daß ihre Verluste, die sie ihrer falschen Kreditpolitik zuschreiben können, in Erscheinung treten.

Weshalb die Nationalsozialisten den Inflationsrummel mitmachen, wäre angesichts der nicht reparierbaren Schäden, die die Inflation den Angestellten, Beamten und Sparern antut, nicht zu begreifen, wenn man den Halbesamt der Nationalsozialisten gegen die „marxistische“ Arbeiterschaft und ihre völlige Abhängigkeit vom Großkapital nicht in Betracht zieht. Diese Beweggründe sind stark genug, um sie zu Inflationisten zu machen, ohne sich darum zu kümmern, welche Schäden sie ihren eigenen Anhängern anrichten. Offenbar glauben sie, ihre Anhänger mit nationalistischen Schlagworten und mit anderen Mitteln zu betäuben.

Die Abkehr Englands von der Goldwährung bietet der deutschen Inflationseingänge einen guten Vorwand, für Deutschland eine Inflation herbeizuwünschen, um die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Es ist aber klar, daß es sich dabei nur um einen Vorwand handelt, da die Rücksicht auf den Weltmarkt eine Inflation nicht rechtfertigen kann. Die Inflationseingänge muß es auf Grund der Erfahrungen in der großen deutschen Inflation wissen, daß eine neue Inflation für Deutschland etwas anderes bedeutet, als eine solche für England, und das eine Erschütterung des Vertrauens in das Geld in Deutschland zur völligen Vernichtung des Geldwertes und damit auch zum Verlust des Vorsprungs in der Ausfuhr führen muß, zumal die auf den Zusammenbruch folgende Aufrichtung des Geldes — Stabilisierung — die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt neu in Gefahr bringt.

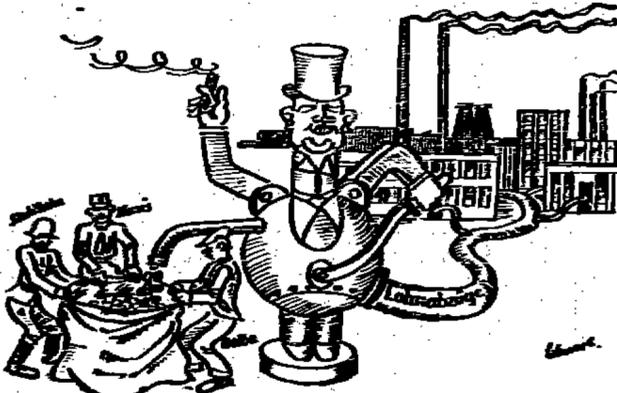
Es ist allein die Arbeiterklasse, die heute die Inflation in Deutschland bekämpft. Die Arbeiter müssen ihrer weiteren Verelendung durch Inflation Widerstand leisten. Gleichzeitig schützen sie damit die Volkswirtschaft vor ihren Verderbern, die den Geldwert und die Ersparnisse vernichten und die die Kreditfähigkeit Deutschlands untergraben wollen.

Der Stand der Arbeitslosigkeit

Nach dem letzten Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung betrug am 15. Oktober die Zahl der Arbeitslosen nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter 4 484 000. Sie hat seit dem letzten Stichtag am 1. Oktober um rund 129 000 zugenommen. Die Zunahme in der gleichen Zeit des Vorjahres belief sich auf rund 113 000.

In der Verteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf die verschiedenen Unterstützungsrichtungen ist in der Berichtszeit eine wesentliche Veränderung eingetreten. Auf Grund der Zweiten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen wurde durch Beschluß des Vorstandes der Reichsanstalt die Höchstdauer des Unterstützungsbezugs in der Arbeitslosenversicherung von 26 auf 20 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen gekürzt. Dieser Beschluß, der den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt während der Wintermonate sichern soll, hat die vorhergesehene erhebliche Entlastung der Arbeitslosenversicherung und Mehrbelastung der Krisenfürsorge zur Folge gehabt; die letztere hat sich möglicherweise statistisch noch nicht voll ausgewirkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter um rund 200 000 abgenommen und belief sich am 15. Oktober auf rund 1 143 000. In der Krisenfürsorge wurde durch eine Zunahme um rund 150 000 eine Belastung von rund 1 290 000 Hauptunterstützungsempfängern erreicht.

Die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt keine wesentlichen neuen Kennzeichen. Sie bestätigt vielmehr das aus den letzten Berichten gewonnene Bild: in der Landwirtschaft und in einzelnen Verbrauchsgüterindustrien die übliche Herbstbeschäftigung, wenn auch meist in etwas verringertem Ausmaß, in den meisten Produktionsgüterindustrien weitere Abschwächung des Beschäftigungsgrades. Im Bergbau zeigte sich schwache Besserungssätze infolge der Abnahme für den Hausbrand; im Ruhrkohlenbezirk konnte die Zahl der Feiensichten etwas vermindert werden, doch wurden die Bergarbeiterentlassungen fortgesetzt; etwas günstiger war die Bewegung am Arbeitsmarkt in den meisten Braunkohlengebieten.



Der Beschäftigungsgrad in den Hütten- und Walzwerken Westfalens und des Rheinlandes ist zurückgegangen. Die Tätigkeit im Hochbau hat eine weitere Einschränkung erfahren, auch die Innen- und Reparaturarbeiten im Baugewerbe haben verschiedentlich nachgelassen. In der Zementindustrie überwiegen, ebenso wie in den Ziegeleien, die saisonmäßigen Entlassungen.

130 000 stellungslose Akademiker

Die deutschen Hochschulen sind bis zum Platzen gefüllt. Die industriellen Spitzenverbände warnen in einem Aufruf vor dem Besuch der Hochschule. Darin heißt es u. a.: „Man schätzt die Zahl der stellungslosen Akademiker für das Jahr 1934 heute schon auf 130 000. Das bedeutet, daß für die Ausbildung von 130 000 jungen Staatsbürgern private und öffentliche Mittel in Millionenbeträgen nutzlos verwendet werden. Ein Bruchteil dieser Summe würde genügen, um Zehntausende dieser jungen Leute für einen Beruf vorzubilden, der ihnen nicht nur eine ihrer tatsächlichen Begabung sehr häufig besser entsprechende Betätigung in nicht akademischen Berufen ermöglicht, sondern ihnen auch wirklich Befriedigung und wirtschaftlich günstigere Aussichten für ihr späteres Leben eröffnen soll.“ Wir stimmen mit dieser Meinung überein und auch darin, daß sie sich gegen den Unfug des Berechtigungswesens wenden.

So ist der Krieg

In der Frankfurter Zeitung schreibt Karl Kiskalt: Jede Mutter wird sich erinnern, wie die Kinder vor ihr bettelten. Wir maßen das Brot, wenn wir es am Montag bekamen, nach Zentimetern ab, und ich erinnere mich noch der Zeit, wo auf jeden pro Tag 1 1/2 cm kamen. Familien mit Kindern mußten ihre ganze Tagesration den Kindern in die Schule mitgeben, und das war nicht genug. Und dieses Brot war so minderwertig, daß Darmstörungen eine häufige Folge waren. Die leeren Schlichterläden, das Anstehen in Ketten um Milch, die für Kinder oder Kranke gewährt wurde, um das eine Ei pro Woche und Person, das man oft nicht bekam, sind furchtbare Erinnerungen...

Die enorme Sterblichkeit der Zivilbevölkerung in Deutschland während des Krieges ist bekannt. Viel mehr, als festgestellt werden durfte, verhungerten direkt. In der von mir untersuchten Heil- und Pflegeanstalt Neustadt in Holstein (die Arbeit durfte erst nach Kriegsende publiziert werden) starben in einem Jahr von 800 Insassen 474. Totenschein: „Herzmuskelerkrankung“; Sektion: völliger Fettmangel. „Verhungert“ durfte nicht auf den Totenschein geschrieben werden. Auch viele in der freien Bevölkerung, die sich weigerten, etwas aus dem Schleichhandel anzunehmen, starben Hungers, so mein alter Lehrer Gaffky, der Entdecker des Typhusbazillus. Die Sterblichkeit an Tuberkulose stieg enorm, wie in den schweren Hungersnöten früherer Jahrhunderte. Die Todesfälle durch die Hungerblockade während des Krieges werden auf 400 000 geschätzt. Die Unterernährung der Kinder war nach Jahren noch nicht ausgeglichen.

So ist der Krieg! Wir müssen entschlossen sein, mit allen Mitteln einen neuen Krieg zu verhindern!



Familie und Heim



Von der Scham

Unser ganzes Geschlecht ist derart zum Schamen erzogen worden, daß der einzelne zwar allenfalls z. B. von Windeln sprechen und beschreiben darf, nicht aber ungestraft davon, wozu diese besagten Gegenstände gebraucht werden. Nun, gewiß, man weiß es ohnehin.

Von einem ganz kleinen Kinde verlangt man noch nicht, daß es sich schäme. Sobald es aber nur eben kriechen kann, hat es diese sonderbare Eigenschaft anzunehmen. Was ihm noch bis vor kurzem als selbstverständlich erschien, daß es ohne lange Umschweife nach dem Topf verlangte, wenn sein kleiner Bauch es befahl, das hat es nun auf einmal leise und geheimnisvoll zu tun. „Das ist nicht anständig“, sagt man ihm, „schäme dich, so was sagt man nicht laut.“

Was würde ein Großer antworten, wenn man ihn fragte, was Schamen bedeutet? Von einem Kinde verlangt man es ohne weiteres. Folgt es unserem Befehl nicht, so wird mit Klapsen nachgeholfen. Das Ergebnis: Das Kind ist dressiert. Hinter den Sinn der Sache ist es keineswegs mehr gekommen als der kluge Große.

Eine besonders beliebte und sehr billige Art zu strafen, ist der Befehl: „Marsch, in die Ecke, schäm dich.“ Auch heute noch kann man dieses höchst zweifelhaft pädagogische Hilfsmittel in Kindergärten angewendet sehen. Zu spät Kommende werden „ausgeschämt“, sie werden ausgeätscht. Man kann sich gar kein besseres Mittel der Erziehung zu Abgebrühtheit ausdenken.

Je größer ein Kind wird, um so mehr gibt es etwas zum Schamen. Alle Augenblicke schickt sich irgend etwas nicht. Hat mans trotzdem getan, so hat prompt das Schamen einzusetzen, vorausgesetzt allerdings, daß es die Eltern oder der Lehrer gesehen haben. Der Erwachsene scheint geradezu Wert darauf zu legen, daß ein wohl-erzogenes Kind sich von Zeit zu Zeit zu schämen hat. Das wird gleichsam für ein Zeichen von Bescheidenheit für das Kind gehalten. Der große Mensch fühlt eine Art Siegesbewußtsein in sich, wenn der Sünder vor ihm steht mit gesenktem Kopf... Hinter die Stirn kann er ihm ja nicht schauen!

Für Mädchen gibt es weit mehr Anlaß zum Schamen als für Knaben. Vom Mädchen wird ein erheblich größeres Maß von Anstand und Sittsamkeit verlangt. Jeder Verstoß bedeutet für das Mädchen geradezu ein Zeichen sittlicher Gefährdung. Mit dunklen Andeutungen werden natürliche Angelegenheiten in das Gebiet des Geheimnisvollen gerückt. Jüngens dürfen sich getrost mit Stolz ihrer werdenden Männlichkeit bewußt werden. Ihre eitlen Regungen während der Pubertät werden ihnen nicht besonders angerechnet. Das Mädchen hat viel schwerer. Die körperlichen Veränderungen werden nicht als Naturnotwendigkeiten hingenommen, sondern sie erfahren eine schamhafte Abstempelung. Nicht alle Mütter wissen mit Geschick und Takt die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Sie sind ja selbst vor lauter Anständigkeit unbeholfen geblieben.

Merkwürdigerweise schämen sich die Großen nicht im entferntesten, ihren Kindern das „Buch der Bücher“ gar zum täglichen Gebrauch in die Hand zu drücken, obwohl doch gerade hier stellenweise mit einer geradezu beispiellosen Offenheit über geschlechtliche Dinge gesprochen wird. Diese Zwiespältigkeit von vorgetäuschter Heiligkeit und erwiesener Nüchternheit, die aber noch keineswegs hinreichende Erklärungen darstellen, haben schon mancherlei Verwirrung in jugendlichen Köpfen angestiftet.

Die Moralinsaurer halten sich immer noch für die besseren Menschen. Darum ist diese alte Sittlichkeit

auch so langlebig! Sie haben zwar selbst in der eigenen Jugend schwer geseufzt unter der Fuchtel vermuffter Moral. Mit Heimlichkeit und List haben sie die gefährlichen Klippen umschiffen, was sie nicht abhält, jetzt so zu tun, als seien sie immer wie ein leibhaftiger Erzengel gewandelt. Schon Wilhelm Busch sagt von dieser Sorte: „Sie haben alles hinter sich und sind gottlob recht tugendlich.“ Das Augenzwinkern aber haben sie sich herübergerettet. Im übrigen fühlen sie sich in ihrem Muckertum ganz wohl. Ihre heuchlerische Überheblichkeit geben sie als Weltanschauung aus. Es bereitet ihnen sittliches Behagen, andere mit dem Fluche der Unanständigkeit zu behängen, alle diejenigen der Schamlosigkeit zu zeihen, die diese Dunkelkammer auslüften wollen.

Wenns nach ihnen ginge, dann würden die ärmellosen Kleider überall verboten, und die Röcke der Mädchen hätten bis zum Knöchel zu reichen wie dermaleinst. Ausgemacht ist für sie, daß Liebe ein Teufelsgeschäft ist, das zwischen Jüngling und Jungfrau im alleräußersten Falle nur einmal im Leben stattzufinden habe. Sie halten es für eine volksbildnerische Aufgabe, die Jugend zu derartiger Schamhaftigkeit zu erziehen.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht nur unter der männlichen, sondern auch unter der weiblichen Jugend der proletarisierten Mittelstandsschicht so festen Fuß gefaßt hat. Die Nazis machen gar kein Hehl daraus, daß frischfröhliches Landsknechtstum bei ihnen wieder aufleben wird. Die in Zucht genommene weibliche Jugend empfindet hier eine willkommene Auflockerung anezogener Sittlichkeit, und da alles Tun und Treiben bei den Nazis unter der schon so oft erprobten nationalen Flagge segelt, so geht alles in Ordnung. Diese weiblichen Nazis schämen sich auch nicht, ihren braunen Heldenjünglingen die im Kampf zerfetzten Hosen auszuflicken, sie schämen sich auch nicht, von diesen Edelbullen lediglich als Zuchttiere, ohne eigenes Recht und ohne Willensbestimmung angesehen zu werden. Sie sind die bisherige Bevormundung von zu Hause leid und werfen sich daher mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit diesen wildgewordenen Volkserneuerern in die Arme. Sie übersehen, daß die nationalsozialistische Bewegung einen schamlosen Mißbrauch treibt mit dem Menschen überhaupt, daß Blut und Leben ihnen eine wertlose Sache ist.

Sicherlich denken schon manche Eltern fortschrittlicher als unsere Mütter und Väter. Die Sittlichkeit von früher hält dem Maßstab von heute nicht mehr stand, um so schwieriger gestalten sich gerade darum die Reibungen, die daraus gelegentlich entstehen. Alle unsere Bemühungen um Erneuerung der Sittlichkeit werden im Rahmen dieser bürgerlich geformten Welt nur Stückwerk bleiben. Aber die Reform in der eigenen Familie darf nicht unterlassen bleiben. Wo die Kinder heute den Halt nicht mehr bei ihren Eltern finden können, da suchen sie ihn eben draußen. Ersatz finden sie schon. Fragt sich nur, welchen. Dann ist es aber zu spät, wenn die Eltern sich ihrer schämen. Hildegard K.

Mohammeds Trost

Eines Tages kam eine alte Frau zu Mohammed und sprach: „Wie, du großer Prophet, kann ich ins Paradies gelangen?“ Mohammed erwiderte: „Alte Weiber kommen überhaupt nicht ins Paradies.“ Da weinte die Frau lange und herzzerreißend. Mohammed tat das leid und er tröstete die Frau, indem er sagte: „Sei ruhig, Mütterchen, es ist wahr, daß keine alten Weiber ins Paradies kommen. Aber weißt du auch, warum? Weil die, ehe sie hineingelassen werden, verjüngt werden...“ Da lachte und hüpfte die Alte vor Freude. K. M.

Das Leben der Marie Szameitat

Von Jos. Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XXXI.

Schlimm, schlimm: Marie findet keinen Ersatz für die Immobilienfirma, Marie läuft in jeder freien halben Stunde mit dem Arbeitsmarkt die Stellenangebote ab. Erfolglos: entweder schon besetzt oder so ein Hungerlohn, daß es unvernünftig wäre, anzunehmen. Gelegenheitsarbeit, die Marie immer bekommen kann, große Waschen und ähnliches, bringt dann mehr ein. Aber fünfzehn Mark, fünfzehn Mark die Woche? Schwer zu machen.

Marie sucht weiter. Immer die alte Leier: „Schlechte Zeiten, sehen Sie, wie die Börse liegt, das müssen wir alle spüren, auch die kleinen Leute, auch die Aufwartefrauen! Pleiten über Pleiten! Früher wurde wenigstens dafür immer etwas Neues gegründet, aber jetzt? Nichts zu machen, nur Vergnügungslöcher, Tanzpalais, Bars und sowas!“

Einer gibt Marie den Rat, dort einmal nachzufragen. Eine Botenfrau, die mit Marie sich in der Zeitungsauslieferung trifft, hat jetzt eine Garderobe in einem neuen Ballhaus übernommen.

Die Frau will nachhören, ob da etwas für Marie frei ist. Schwere Dienst da, von abends bis kurz nach drei Uhr nachts, aber auch guter Verdienst, da sitzt das Geld locker!

Das ist ein Lichtblick. Eine Hoffnung, die wieder Mut macht. Auch hat Marie die fünfzig Morgenzeitungen zum Austragen ergattert können. Das ist gut. Damit ist das Loch mehr als halb gestopft. Und Marie wird sich vorläufig bis etwas Besseres gefunden ist, einschränken müssen. Manchmal schüttelt Marie den Kopf: So wenig man auch hat, man kann immer noch einschränken und immer noch etwas einsparen!

Marie findet jetzt auch die Zeit, wieder an Persönliches zu denken. An die Sache mit Fritz!

Eine andere an Mariens Stelle wäre vielleicht damals zusammengebrochen und nicht wieder aufgestanden. So sonderbar das ist: Marie steht und hat das nun überwunden. Der Schlag, dieser im ersten Augenblick Volltreffer scheinende Schlag, ist gewesen. Er hat nicht zerschmettert, nur verwundet. Das ist nun verheilt. Aber Marie hat nicht ver-

gessen. Sie denkt nicht in Trübsal und Trostlosigkeit daran, aber in Klugheit und Vorsicht.

Sie geht zu dem Kriminalkommissar und erzählt ihm alles. Der nicht still und wortlos zu ihrem Berichten. Er kennt das und kann darüber nicht mehr kopfschütteln. Aber er will ihr helfen.

Er sucht wieder in seiner Kartothek, liest und telefoniert in andere Zimmer, und erfährt das: Fritz wohnt nicht mehr bei der Prostituierten. Hat diese Bleibe aufgegeben. Wohl wegen der Polizei. Er ist jetzt meistens in der Palme, im Asyl, zu finden und so tief gerutscht, daß sein Fall hoffnungslos ist, und weiter in Rutschen, daß er einen Halt wohl kaum mehr finden kann. Weiter erfährt der Kommissar: Fritz war mehrmals zur Vernehmung bei einem Kommissar, der jetzt den Fall der „Polnischen Kolonne“ bearbeitet. Dabei hat Fritz, als man ihm neue Verdachtsmomente vorhielt, höhnisch geäußert, seine geschiedene Frau müsse ihn wohl aus Rache verpfiffen haben, sie habe ihm ja schon gedroht, zum Polizeipräsidium gehen zu wollen.

Marie zuckt zusammen. Also das hat er geglaubt? Ein Gedanke wird in ihr wach. Sie fragt, ob man feststellen könne, wann er das gesagt hat. Kurz darauf wird ihr das Datum der betreffenden Vernehmung durchgesagt.

Marie rechnet nach: Es stimmt! Das war der Tag, an dem Fritz sie abends überfallen hat.

Marie ist traurig. Jetzt versteht sie manches, das sie damals nicht verstanden hat. Jetzt glaubt sie zu verstehen, warum er das damals getan hat. Marie schließt die Augen. Fast kann sie jetzt den Mann begreifen, seinen Wahn und seine Wahnsinnsantwort. Oder war es Wahnsinnsfrage gewesen?

Als Marie gehen will, kommt der Vernehmungskommissar selbst und hat noch diese Neuigkeit: Durch Ausplauderung eines Kolonnenmitgliedes einem Zellengenossen gegenüber ist jetzt die Mitschuld von Fritz bewiesen. Eine neue Vernehmung der Verurteilten und Gegenüberstellung mit dem Belastungszeugen werden sofort veranlaßt; Haftbefehl gegen Fritz werde wohl bald erlassen. Marie hört das wortlos. Sie geht.

Und nun geschieht etwas Seltsames. Als Marie es erkennt, erschrickt sie vor sich selbst.

Sie hat nach Hause gehen wollen. Sie ist in Gedanken gegangen, in Gedanken, die ihr selbst unbewußt sind. Sie steht plötzlich vor einem altersschwachen, verzogenen, zerbröckelnden Haus, das so aussieht, als ob es Schimmel angesetzt habe. Vor einem Haus in einer fremden Straße.

Marie erschrickt. Sie sieht sich um. Es stimmt: Kiebelstraße 36. Sonderbar, wie sie diese Adresse behalten hat. Der Name? Emma Bunt, ja so muß sie heißen. Emma Bunt im Seitenflügel links vier Treppen. Marie hat Angst vor sich selbst. Wie kommt sie hierhin? Was will sie hier? Wer hat sie hierhin geführt? Was ist das, Marie?

Plötzlich weiß Marie, was sie hat tun wollen. Also doch das! Marie wird jählings hart. Sie verurteilt sich. Ihr Bewußtsein sagt schroff und deutlich: Nein! Sie wendet um.

Seltsame Füße! Sie wollen nicht gehen. Sie werden gefaßt wie von einer magischen Hand und langsam und schwer umgedreht; diese Hand befiehlt und setzt Fuß vor Fuß, bewegt die Füße, daß sie vorwärtschreiten durch das schwarze, schmutzige Tor, in einen Hof, in dem es stinkend schwelt aus zwei verrosteten Müllkästen, vor denen noch erbärmlicher Unrat und giftig rotbraune Asche liegen; weiter durch eine krächzende Tür links und jetzt Treppenstufen hinauf, dünne, abgetretene, halbverfallene, ätzende Stufen, vier Stockwerke hoch bis vor ein halberblindetes Messingschild mit den nur schwer lesbaren, zerkratzten Buchstaben: EMMA BUNT.

Marie klopft. War es Marie? War es nicht diese andere magische Hand, die Mariens Hand ergriff und geführt hat? Marie steht vor der schweigenden Tür.

Schritte schlürfen heran. Eine rostige, lauernde Stimme leiert eine Frage. Marie schweigt.

Jetzt wird die Tür geöffnet, spaltbreit und vorsichtig; glänzende, verschwimmende Augen spähen aus dem Spalt, der nun breiter und breiter wird, bis die Tür ganz geöffnet ist.

In ihr steht kopfschüttelnd und verduzt eine noch nicht alte, doch verblüht aufgeschwemmte und grellrot geschminkte Frau, nur mit einem veichenblauen, offenen Morgenrock bekleidet, unter dem feucht und glänzend der nackte Leib heraussticht. Marie sieht an der Frau vorbei in ein erleuchtetes Zimmer, auf ein zerwühltes Bett, aus dessen Kissen ein dunkles Gesicht mit stechenden Augen wie auf dem Sprung hinausluert, Marie entgegen.

Es ist ein fremdes Gesicht, braune Haut mit pechschwarzen Haaren. Der Mann ist nicht Fritz.

Immer noch steht die Frau in der Tür, kopfschüttelnd und dann jäh herausgesprudelte Frage, indes der Morgenrock hastig über den Brüsten geschlossen wird.

„Was wollense denn? Na, was wollense denn? Was klopfense denn? Raus doch damit! Se denn doch, daß ich beschäftigt bin!“

Mechanisch spricht Marie das: „Ist mein Mann hier? Baltrusch, Fritz Baltrusch, das ist mein Mann, den suche ich.“

Schämt sich Marie, zu sagen, daß sie von ihm geschieden ist? Die rostige Stimme kräht: „Fritz? Mit dem will ich nischt mehr zu tun haben, verstehense, nischt mehr, sag ich!“

Marie, fast puppenhaft, ohne Betonung: „Es ist nicht deswegen. Er soll verhaftet werden. Ich komme von der Polizei. Man will ihn verhaften. Ich weiß, daß er nicht mehr bei Ihnen wohnt. Aber Sie wissen vielleicht, wo er ist. Sie können es ihm vielleicht sagen. Damit er flieht. Damit er nicht ins Zuchthaus muß.“

Die Tür fliegt ins Schloß. Marie steht schweigend. Hinter der verschlossenen Tür kreischt es: „Von mir aus soll er sitzen, bis er blau wird, der Schubiak, der Lump, der Hund! Recht ist, wenn er sitzen muß, den dürfense nich mehr rauslassen, die Kanaille! Machense, daß Se fortkommen! Fort, sag ich, fortfort!“

Noch eine Tür, die knallt. Stille.

Jetzt hebt Marie den Kopf. Kommt jetzt erst ihr Bewußtsein, wird sie jetzt erst wach? Marie erschrickt, sieht sich um, schlägt die Hände vor das Gesicht, stürzt die Treppe hinunter, auf die Straße, fort.

Unterwegs immer dieser Gedanke: Was hast du getan? Was wolltest du tun? Wer bist du?

Stunden, bis Marie zur Ruhe kommt. Doch das verbleibt: das eigene Rätsel, das sie nicht lösen kann.

Vierundzwanzig Stunden später ist die Episode vergessen. Es war ein seltsames Zwischendurch. Es war, das ist nicht zu bestreiten; doch es wird nicht mehr sein, es wird nie mehr sein. Marie schwört es sich. Marie hat anderes zu tun, zu arbeiten.

Etwas Neues tritt in den Vordergrund. Der Kommissar war bei Marie und hat ihr mitgeteilt, daß man Fritz nicht habe finden können. Er sei von der Bildfläche verschwunden.

Der Kommissar bat sie, ihm sofort Mitteilung zu machen, wenn Fritz sich bei ihr melde, was nicht ausgeschlossen sei. Jedenfalls hat der Kommissar gewarnt.

Neue Angst für Marie! Was soll sie tun? Wieder ausziehen und umziehen? Lohnt sich das? Marie beschließt, zu bleiben. Die Nachbarn werden instruiert; sie passen auf die Wohnung auf. Wenn Marie zu Hause ist, bleibt der Innenriegel stets vorgeschoben.

Trotzdem fühlt Marie sich immer noch nicht sicher. Ihre Nerven aber brauchen Beruhigung gerade jetzt. Eine durchaus verständliche Idee kommt zu Hilfe. Marie will sich einen Revolver kaufen. Sie kann von dem vorhandenen Geld fünfzehn Mark fortnehmen, ohne den Haushalt zu schädigen. Sie geht zu einem in der Nähe wohnenden Althändler, in dessen Schaufenster sie öfter schon Waffen gesehen hat, und bittet dort um einen Revolver.

Ohne weitere Frage legt der Händler ihr eine Auswahl vor. Trotzdem fühlt sich Marie zu der Erklärung getrieben, man habe schon zweimal bei ihr eingebrochen und darum wolle sie nun einen „Schutz im Hause“ haben. Der Händler nickt wortlos gelangweilt. Schließlich findet Marie eine Selbstladeepistole, die der Mann ihr für die fünfzehn Mark abgeben will. Er erklärt die Handhabung, schiebt den Rahmen mit den Patronen hinein, läßt eine Patrone in den Lauf schnellen und zeigt die Anwendung der Sicherung, die er einstellt. Dann wickelt er die Waffe ein, kniff pedantisch genau das Umschlagpapier, verschneuert das Päckchen und überreicht es Marie, die ihre fünfzehn Mark auf die Theke legt.

Jetzt fühlt sich Marie sicher, merkwürdig geschützt. Sie eilt nach Hause, versteckt die Waffe in der Tischschublade unter Zeitungen, schließt die Schublade ab und nimmt den Schlüssel zu sich. Und geht nun, vollkommen beruhigt, zu ihrer Arbeit.

Die Tage sind ungestört und ohne Erregbarkeit. Zwischen durch eine Mitteilung des Kommissars: Fritz ist bei einem Einbruchversuch in einer Kleinstadt nahe Berlin überrascht und verhaftet worden. Seine ehemaligen Komplizen haben ihn bei erneuten Vernehmungen schwer belastet: Fritz soll derjenige gewesen sein, der den Schuß auf den Kommissar abgegeben hat. Marie könne nun beruhigt sein: Fritz werde diesmal kaum unter fünf Jahren davon kommen. Und ob er diese Jahre aushalte, sei noch eine Frage.

Marie denkt, daß er es nicht aushält. So ist es besser für sie alle. Jetzt ist Marie ganz beruhigt und in Sicherheit, fast wieder Augenstrahlen und Auflachen, jedenfalls Vertrauen und Hoffungsstärke.

(Wird fortgesetzt.)



Verbandsleben



Zum 9. November

Vier Jahre Haß! Vier Jahre Mord!
 Vier Jahre Kriegsgewitter!
 Des Sensenmannes Weltrekord!
 Vernichtung, Schutt und Splitter!
 Der Irrsinn troff von Blut und Leid
 In jener lügenreichsten Zeit,
 Als selbst ein Gott nicht wußte,
 Wer Hilfe haben mußte.

Das Maß war voll. Ein Funke sprang
 Aus Kiel in alle Lande.
 Die alte Herrlichkeit versank,
 Bedeckt mit Schmach und Schande.
 Des Nebelmonats neunter Tag
 Zerschlug mit Blitz und Donnerschlag
 Die Majestät der Krone
 Und der umschranzten Throne.

Der Volkszorn trieb die Mottenbrut
 Wie Spreu in alle Winde,
 Damit er aus des Volkes Blut
 Nicht hohlen Kriegsruhm schinde.
 Doch wieder wird das Volk beschwätzt
 Und zur Vergeltung aufgehetzt,
 Da gilt es, sich zu scharen
 Zur Abwehr der Gefahren.

Revolution! Nie steht sie still,
 Sie wirkt und schäumt und brandet.
 Sie ist die Kraft, die immer will
 Und nie im Volk versandet.
 Wohl an, wir stehen kampfbereit
 Zu neuem Sturm, zu neuem Streit
 Und was wir nicht erringen,
 Wird Jugendkraft erzwingen!

Victor Kalinowski

schmeckt alles, aber bei der Mutter wird immer erst genötigt. Das Geschirz wird gereinigt, alles sauber eingepackt. Bis 5 Uhr haben wir Zeit. Da wird nun gebadet, durch den Wald gestreift, gespielt und gesungen. Jeder kommt auf seine Rechnung. Rüsten zum Abmarsch! Mit schnellen Schritten gehts der Heimat zu. Beim Abschied klingt wieder ein herzliches Freundschaft! Um 8 Uhr wieder daheim. Eltern und Geschwister warten schon. Eine kurze Mahlzeit — dann in die Laube. Noch ein Stündchen gemeinsam musiziert. Die Müdigkeit überfällt mich. Nun aber schlafen. Und morgen — — —?

Elli St., Hannover.

Jeremias Weichhirm wird analysiert

Nachdem Jeremias bereits die 2495. Frage beantwortet hatte, wollte der Anstellungspsychologe des Eisenwerkes X auch noch einige körperliche Fähigkeiten des Stellungsuchenden einer genauen Würdigung unterziehen. Die Intelligenzprobe ergab das Prädikat: naiv und geistig unbescholten!

„Zeigen Sie mir Ihre Zunge!“ Mit diesen energischen Worten wandte sich Professor Spürsinn an Weichhirm, der sein Sprachhilfsmittel soweit wie möglich aus dem Gehäuse streckte. Schnell nahm der Psychologe Zirkel, Maßstab und Logarithmentafel, um den Zungenwinkel zu berechnen. Mit Befriedigung errechnete er, daß der Prüfling eine behäbig breite Zunge sein eigen nenne, die auf eine wirtschaftsfriedliche Gesinnung schließen lasse. Dann folgte eine Messung der Hände. Weichhirm hatte keine Langfinger. Vorsichtshalber mußte er aber noch mit der Hand eine halbbogenförmige Bewegung gegen die Kreuzgegend machen: sie mißlang. Spürsinn konnte die absolute Ehrlichkeit des Kandidaten testieren.

Viele Stunden dauerte nun schon die Prüfung. Professor Spürsinn schob eine kurze Frühstückspause ein. Aber dieser Beweis von wohlwollender Güte entsprang durchaus sachlichen Erwägungen. Denn als Jeremias eine hauchdünn bestrichene Scheibe Brot verzehrte, notierte Spürsinn schnell auf seinem Testbogen: anspruchslos und genügsam. Liebenswürdigerweise erkundigte er sich nach Weichhirns Großeltern, nach Sitten, Bräuchen und Gesinnung von Vater, Mutter und Geschwistern und berührte in ganz schelmischer Art Jeremiasens Zuneigung zum anderen Geschlecht, was diesem schamhafteste Röte in die Wangen trieb. Normal veranlagt! notierte Spürsinn. Beiläufig stellte er auch fest, daß Weichhirm von roten Parteien und Gewerkschaften kaum mehr als einen blassen Schimmer hatte. Lamerhirm, Vorsicht ist die Mutter der Weisheit.

Man wollte nun den Farbensinn des Jeremias einwandfrei feststellen. Zu diesem Zwecke mußte er sich vor einem haubkreisförmigen optischen Apparat hinsetzen und genau angeben, wann die einzelnen Farben in sein Gesichtsfeld traten. Bei Rot geriet er in starke Erregung und Bestürzung. Er glich einem Stier, dem man ein rotes Tuch zeigte. Dagegen schien die gelbe Farbe auf Jung-Weichhirm ungemein freudvoll zu wirken, was beides der Professor mit Wohlbehagen notierte. Nun mußte der junge Mann noch beweisen, wie es mit seiner Beweglichkeit steht. Es zeigte sich, daß selbst der tiefste Bückling ihm keine Schwierigkeiten bereitete.

Zum Schlusse wurden noch einige Sprechübungen vorgenommen. Weichhirm sollte folgende, immerhin recht komplizierten Worte deutlich und betont nachsprechen: Werksgemeinschaft, Arbeitszeitverlängerung, Tarifentlohnung — Faulheitsprämie, technische Nothilfe, zu Befehl Herr Generaldirektor! Bei den letzten Worten hatte Weichhirm unwillkürlich eine stramme Haltung angenommen und die Hände an die Hosennaht gelegt. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß dieser Prüfling postwendend sozusagen von dem Werk X zu Bedingungen eingestellt wurde, wie sie nur in gelben Betrieben üblich sind. Der Tüchtigkeit des Professors war es wieder einmal gelungen, durch seine wissenschaftlichen Methoden dem Betriebe eine Arbeitskraft zu liefern, die sich zur Ausbeutung ganz hervorragend eignete.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
 Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 8. November, ist der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. bis 14. November 1931 fällig.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Ständung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 5 755 308, lautend auf den Schmied Emil Härtel, geb. am 28. November 1886 zu Klernitz (Strehlen).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148.

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Deutsch-Eylau, Duisburg: Lokalgeschenk wird nicht mehr bezahlt.

Joseph Baeck †

Auf fast allen internationalen Metallarbeiterkongressen der letzten Jahrzehnte stach aus der belgischen Abordnung ein vier-schrötiger Mann mit schwarzem Haar und vollem Schnurrbart hervor. Er zählte mit Wilhelm Solau zu den Wortführern der Delegation. Und wie unsere internationalen, so waren auch die belgischen Verbandstage ohne Baeck nicht gut denkbar. Oft saß er ihnen vor, und an seiner Handhabung der Geschäfte ist nie gekritelt worden. Anfangs dieses Jahrhunderts schaffte er in Molenbeck, einem Brüsseler Vorort, als Dreher. Dort war das engere Gebiet seiner Parteitätigkeit; hier wurde er in den Gemeinderat gewählt. Abends aber, gleich nach Arbeitsschluß, erschien er regelmäßig im Brüsseler Volkshaus, wo es immer viel zu tun gab, denn der belgische Verband mußte damals über scharfe organisatorische Klippen hinweggebracht werden.

Das furchtbare Erleben, das der Zusammenbruch der sozialistischen Internationale im August 1914 sowie die Drangsal der Besetzung Belgiens darstellten, hat Joseph Baeck frühzeitig das Haar gebleicht. Seine Erfahrungen mit der deutschen Herrschaft müssen besonders trübe gewesen sein, ein gewichtiger Grund mehr für ihn, mit höchstem Eifer an der Wiedererrichtung der Internationale zu wirken.

Joseph Baeck war Sozialist mit Leib und Seele. Schon mit dem 18. Lebensjahre trat er seinem Fachverein bei. Als er nach Brüssel kam, stand er gleich ganz vorn in der gewerkschaftlichen Reihe. 1905 wurde er als besoldeter Sekretär vom Metallarbeiter-Verband angestellt. Vier Jahre vorher war er in den Vorstand der Arbeiterpartei erkoren worden. Im Gemeinderat von Molenbeck, dem er bis zuletzt als Mitglied und als Schöffe angehörte, hat er wichtige soziale Einrichtungen geschaffen. Und im Jahre 1925 wurde er von den Arbeitern in eine so erlauchte Körperschaft wie den belgischen Senat gewählt.

Dieser prächtige Gewerkschafter und Sozialist ist, wie wir im Brüsseler Peuple vom 24. Oktober lesen, urplötzlich verschieden. Beim Lesen wurde der Dreundsechzigjährige von einem Herzschlag überrascht. Inzwischen haben ihn die belgische Arbeiterpartei und die Gewerkschaften zu Grabe getragen. Der „Vater“ der Arbeiterpartei, Vandervelde, hat ihm die Grabrede gehalten. Mit den Tausenden von Trauernden, die dem Sarge folgten, ist im Geiste die Eiserner Internationale gegangen, die in Joseph Baeck einen ihrer hervorragendsten und allgemein beliebten Männer verloren hat. Sein Andenken wird fortleben in dem, was er geschaffen, und in der Erinnerung derjenigen, für die er seit seiner frühesten Jugend mit aller Hingebung gewirkt hat.

Jubilare feiern

Am 27. September veranstaltete die Verwaltungsstelle in Völklingen für den Kollegen Valentin Lorenz in Bous, der als erster der Verwaltung auf eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken kann, in einfacher Weise eine Jubilarefeier. Bezirksleiter Kollege Bernard hielt die Festrede. Im Auftrage des Vorstandes und der Bezirksleitung übermittelte er dem Kollegen Lorenz die besten Wünsche zu seinem Jubiläum. Der Bevollmächtigte der Verwaltung, Kollege Weiß, beglückwünschte den Kollegen Lorenz im Namen der Verwaltung, streifte kurz die Arbeit des Kollegen Lorenz, die er schon in der Vorkriegszeit für den Verband geleistet hat und ermahnte insbesondere die Kollegen, dem Verband auch weiterhin die Treue zu bewahren. Für die treuen Dienste des Kollegen Lorenz wurde ihm die Verbandsnadel und eine Ehrenurkunde überreicht. Der Jubilar dankte seinen Kollegen für die Ehrung und forderte sie ebenfalls auf, im Kampfe nicht zu erlahmen und für die Stärkung unseres Verbandes sich einzusetzen.

Am 10. Oktober beging die Ortsverwaltung Jauer ihr Stiftungsfest mit Ehrung der Jubilare. Nach der Begrüßung durch den Kollegen Kuhnert trug die Jugendkollegin Eckert den Prolog des Verbandes vor. Es folgte die Ehrung der Kollegen Gustav Riedel und Oswald Pietsch für ihre 25jährige Mitgliedschaft durch den Kollegen Knorr. Er sprach den Jubilaren den Dank des Vorstandes und der Bezirksleitung für ihre gewerkschaftliche Treue aus. Dank wurde auch den Frauen ausgesprochen, die mitgeholfen haben und weiter mithelfen müssen für die Bessergestaltung unseres Lebens. Die Jugend wurde aufgefordert, in diesem Sinne weiter zu wirken. Den Jubilaren wurde ein Diplom überreicht. Die Metallarbeiterjugend umrahmte das Ganze mit Vorträgen. Die Kollegen blieben noch einige Stunden bei Tanz zusammen.

Mein Arbeitstag — mein Wochenende

Ein Tag aus meinem Leben? Aufstehen, es ist 5 Uhr. — Ja, ich komme! — So geht das jeden Morgen drei- bis viermal. Endlich, sagt die Mutter, 's wird aber Zeit!

Schnell zum Waschen und Ankleiden. Mutter hat unterdessen schon das Frühstück geschnitten und eingesteckt. Einen Griff nach der Tasche, schon bin ich draußen. Ah, welch herrliche Luft; heute bekommen wir schönes Wetter. Die Mutter ruft besorgt: „Mädel, beeil dich!“

Erst muß ich in den Garten und einen Blick Naturschönheit mitnehmen. Dann schwinde ich mich auf mein Fahrrad. In 20 Minuten bin ich vorm Fabrikort. Hastig das Rad untergestellt. Die Kontrollkarte in der Hand, umkleiden, stampeln, dann hinauf zum Arbeitssaal. Hinter dunklen Mauern, bei ungesunder Luft acht lange Stunden. Fremdliches Zucken der Kollegen. Die Sirene heult: 6 Uhr. An die Maschinen. Sie wollen bedient sein. Akkord. Drei Wickelmaschinen sind mein Arbeitsplatz. Ich habe die Aufgabe, Mechaniststreifen, die für elektrische Heizkörper bestimmt sind, mit feinem Draht zu umwickeln. Den ganzen Tag hin und her laufen, einspannen, ausspannen, umspulen, abmessen. Stets die sich wiederholenden Griffe. Die Gedanken müssen ganz auf die Arbeit gerichtet werden, sonst gibts einen Fehlgriff, der Draht reißt — schon ist man eine halbe Stunde zurück. Den Schaden habe nur ich.

Es ist uns gestattet, das Frühstück nebenher zu essen. Mittags haben wir Pause von 1 1/2 bis 12 Uhr. Hastig wird gegessen. Jetzt darf man auch ein wenig reden. Betriebs- oder Verbandsangelegenheiten werden schnell durchgesprochen. Schon tönt der Ruf: 12 Uhr. Wieder das ewige Eimerlei. Man wird beobachtet, mit Fragen belästigt: „Wieviel ist geschafft? Noch nicht fertig?“ Immer nur antreiben. Ich wollte, nur ein Tag von meiner Arbeit wäre dem beschieden, der sich Meister nennt.

Schon ich nur am Zahlung den Verdienst an, so bin ich gar oft enttäuscht. Gleiche Arbeit wie der Mann, aber viel geringere Bezahlung! So werden wir Frauen und Mädchen ausgebeutet. Können wir ändern? Kopf hoch, Nur mutig gestritten. Es geht doch vorwärts.

Das Schlusszeichen schallt: 2 1/2 Uhr. Jetzt bin ich frei! Bei lustigen Gepolser eile ich mit meinen Kolleginnen zum Waschanne. Der Aufenthalt ist dort meist sehr kurz. Dabei wartet schon die fürsorgliche Mutter mit dem Essen. Frisch gewaschen, alle Müdigkeit abgestreift und umgekleidet, gehts heim zu Tisch. Jetzt nunmehr noch mal so gut. Dann folgen Stunden, über die ich selbst verfüge. Je nach dem Wochentag warten um 4 Uhr schon die Kinder, „die roten Falken“. Da wird getollt, gescherzt und gelacht. Erziehungsarbeit ist schwer, bereitet aber doch viel Freude! Jeder Abend hat sein bestimmtes Gebiet. Einen habe ich gewählt zur Bildungsarbeit: Teilnahme an Kursen und Arbeitsgemeinschaft. 11 Uhr ist Schlafenszeit. Sechs Stunden Ruhe, dann wieder ins graue Alltagsjoch.

Mein freier Tag . . .

Herrlich der Sonnenaufgang. Heute gehen wir von der SAJ auf Fahrt. Der Brotbeutel am, die Mandoline in dem Arm, und mit leichten Schritten gehts dem Treffpunkt zu. Freundschaft! tönts aus aller Mund. 6 Uhr ist Abmarsch. Unser Ziel ist die Gabelner Schweiz. Mit frühlichem Gesang wandern wir durch Wiese, Feld und Wald. Nach zwei Stunden soll gerastet werden. Ein schönes Plätzchen wird gesucht. Alle beginnen zu schmusen. Wie das schmeckt! Der Vögeln munteres Gewitscher erfreut uns. Haben wir das Glück, am Waldesrand eine Wiese zu finden, so wird uns Sportzeug gefolgt. Festmachen! ruft der Führer. Hirsch — wir sind bereit. Unterwegs wird diskutiert. Da gehts manchmal sehr lebhaft zu. Wie begeistert sie alle sind! Wo die Jugend ist, da ist Leben und Freude.

Die Gabelner Schweiz ist ein In der Nähe Hannovers von Hügeln durchzogener Wald. Dort rauscht ein Quell. Dort läßt uns bleiben! Die Sonne steht schon hoch am Himmel. Also Mittag! Schnell wird das Essen abgekocht. Die Banchen und Mädel alle greifen zu. Hier herrscht Freundschaft, Ordnung, Solidarität.

In ganz kurzer Zeit ist die Mahlzeit bereit. Wir bilden das Essentisch. Ein munteres Lied — und guter Hunger. Hier

Trotz Wirtschaftskrise Dinta und Werkszeitungen

Kürzlich war die Gesellschaft der Freunde des Dinta (Deutsches Institut für technische Arbeiterschulung) beisammen, um zu hören, wie sich dieses Institut zur Einlangung der Arbeiterseelen entwickelt habe. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die Zahl der Mitglieder der Dinta-Freunde auf 440 angewachsen ist. Die Versammlung wurde geleitet vom Vorsitzenden des Instituts, Generaldirektor Dr. Vögler. Der Leiter des Dinta, Dr. Arnold, erklärte in seinem Tätigkeitsbericht, daß die Mitglieder des Dinta in allen Gauen Deutschlands zu finden sind. Die Einrichtungen des Dinta innerhalb der Betriebe sind nicht, wie der Redner stolz erwähnte, von der Wirtschaftskrise betroffen worden. „Die Werkschulen der Industrie sind im großen und ganzen erhalten geblieben, während die Werkstätten an öffentlichen Anstalten erheblichen Schrumpfung zum Opfer gefallen sind.“ Die Behörden mußten also abhauen, während die Industrie trotz der Krise immer noch Mittel zur Verfügung hatte, die Dinta-Einrichtungen zu halten. Das gleiche gilt auch für die Werkszeitungen. Mit Stolz konnte Arnold hervorheben, daß der Schrumpfungprozess der Werkszeitungen nicht so stark gewesen sei, wie jener der Betriebe. Arnold verwahrte sich dagegen, daß die Werkszeitungen Sprachrohr für gewisse politische Wünsche seien. Dabei weiß jedes Kind, daß die Werkszeitungen nichts anderes sind, als Sprachrohr für die Politik der Unternehmer. Folgenden Satz wird man lächelnd zur Kenntnis nehmen: „Die Werkszeitschreiber reißen sich um die Werkszeitungen, weil sie Zutragen zu ihnen gewonnen haben und aus ihnen sich ein richtiges Bild über alle wichtigen Fragen machen können.“ Die Arbeiter und Angestellten erkennen immer mehr, daß mit den Werkszeitungen nichts anderes beabsichtigt ist als eine Art Gasangriff zur Beeinlösung ihrer Gehirne. Ein anderer Redner des Tages forderte: „Verständnisvolle Führungnahme des Führers mit den Geführten, aber kein unproduktives, zeitvergeudendes Werksparlament.“ Hiermit scheint man die Einrichtung der Betriebsräte zu meinen. Wieder ein anderer gab dem Gedanken Ausdruck, daß der Kollektivismus jede Persönlichkeit und jede Menschenwürde vernichte. Zum Schluß erklärte Dr. Vögler: „Wir werden, jeder an seiner Stelle, zäh ringen und arbeiten müssen, wir werden uns den Idealismus nicht nehmen lassen. Aber: die Arbeit, die vor uns liegt, wird mit verbissenen Zähnen und einer Energie, die zum letzten entschlossen ist, geführt werden müssen.“ — Es wäre uns lieber, wenn Vögler und seine Kollegen mit verbissenen Zähnen und mit aller Energie sich darzu machten, sich das Prädikat Wirtschaftsführer wieder zu verdienen. Denn diese Leute haben ihre Energie in unnutzigen Einrichtungen, wie das Dinta, verpulvert und haben die deutsche Wirtschaft in einen chaotischen Zustand versinken lassen. Wie dem aber auch sei: dem Dinta, den Werkszeitungen und anderen üblen Einrichtungen muß nach wie vor die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Bäuerlicher Kleinbetrieb oder Gartenheimstätte?

Das Siedlungsproblem wurde bereits mehrmals in der MZ angeschnitten. In den zwei ersten Aufsätzen (Nr. 6 und 29) ist das Leitmotiv klar herausgeschält und gegen jede irgendwie geartete doppelte Ausbeutung außerberuflich (Fabrik — Gutsbesitzer) entschieden Front gemacht.

Daß die bisherige Siedlung, soweit der Staat sie förderte, auf bloße Lohndrückerei hinauslief, wird gleichfalls erwähnt. Dies bestreiten zu wollen, wäre auch sinnlos. Gerade um solche, in ihrer Auswirkung äußerst schädigenden Auswüchse von vornherein zu unterbinden, wird im Aufsatz der Nr. 29 der MZ in Berücksichtigung des obigen Umstandes 1 Hektar Land je Familie einer ausreichenden Ackernahrung gleichgesetzt. In Konsequenz dessen wird denn auch die Forderung nach „Abzweigung“ von 1 Million Hektar von der rund 30 Millionen Hektar betragenden Landnutzungsfläche erhoben. Die Möglichkeit, auf solche Weise etwa 1 Million Erwerbslose mitsamt Angehörigen anzusiedeln, ist gewiß der Rede wert. Und so denkt der Verfasser A. Dehms in seinem Aufsatz in der Nr. 38 der MZ diesen Gedanken folgerichtig zu Ende; — theoretisch wenigstens.

Da ein fix und fertiges Gebäude im Grundriß vor uns ersteht, lohnt sich wohl eine nähere Betrachtung. Zunächst ist hier auch die Größenordnung eine andere. Statt einen Hektar auf die Familie, erachtet A. Dehms einen solchen je Kopf für erforderlich. Doch will das nicht viel besagen, denn bei einer „zweckmäßigen Agrarverfassung“ ist diese Klippe verhältnismäßig leicht zu umschiffen. Könnten doch nach dieser Ansicht in „Deutschland fast doppelt soviel Menschen von der Landwirtschaft leben, als es heute der Fall ist“ — „wenn der herrschende Landwirtschaftsbetrieb der selbständige Kleinbetrieb ist.“ Das klingt einleuchtend, denn der Verfasser weist nach, daß auf die Person 1,9 Hektar jetzt entfallen.

Indessen, der Landwirtschaft geht es überall nicht glänzend, Absatzmangel ist ebenfalls das brennende Problem. Die kapitalistische Austauschweise ist auch hier die im heutigen Wirtschaftssystem unübersteigliche Schranke, innerhalb derer die Schwächeren, und das wäre die Million Siedler, rücksichtslos zerstampft würden. Denn die fünf Millionen Klein- und Mittelbauern erfüllen doch bei weitem die Voraussetzungen (siehe oben) einer ausreichenden Ackernahrung. Mit Recht bemerkt daher schon der Verfasser in Nr. 6 der MZ: „Freilich bleibt dann die Frage des Absatzes offen; finden sie (die Million) keine Käufer für ihren Überschuß, wovon sollen sie denn ihre Kleidung usw. kaufen?“ — Hier klingen noch die Worte des derzeitigen Reichsministers Schiele in den Ohren, der seine Rede mit den Worten begann: „Die deutsche Landwirtschaft hat das Pech, in diesem Jahr mit einer Rekorderte aufwarten zu können.“ Also Überproduktion allerorts, wohin das Auge blickt! Um diese Tatsache kommt man nicht herum, über die wir bei Dehms stolpern. Sie ist der Erwähnung in mehr als einer Beziehung wert. Er zitiert nochmals Marx und beweist damit doch nur einen Mangel an Einsicht in das Ideenganze der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Wörtlich heißt es bei ihm: „Man sah: die Expropriation (Enteignung) der Volksmasse von Grund und Boden bildete die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.“ Diesen Hinweis von Marx macht sich Dehms zunutze und sagt weiter: „Machen wir den Arbeiter zum Eigentümer von Produktionsmitteln, zum Eigentümer von Grund und Boden, indem wir die Bodensperre, die heute noch der Großgrundbesitz in Deutschland ausübt, durch eine zielsichere Siedlungspolitik zerstören.“

Das ist eine gewagte Schlussfolgerung, eine Illusion, wie sie schon durch die geschichtliche Entwicklung dargetan wird. Das sei klargemacht durch ein Zitat aus Friedrich Engels „Dühring“. Dort heißt es auf Seite 141 der 10. Auflage:

„Alle Kulturvölker fangen an mit dem Gemeineigentum am Boden. Bei allen Völkern, die über eine gewisse ursprüngliche Stufe hinausgehen, wird dies Gemeineigentum im Lauf der Entwicklung des Ackerbaus eine Fessel für die Produktion. Es wird aufgehoben, verneint, nach kürzeren oder längeren Zwischenstufen in Privateigentum verwandelt. Aber auf höherer, durch das Privateigentum am Boden selbst herbeigeführter Entwicklungsstufe des Ackerbaus wird umgekehrt das Privateigentum eine Fessel für die Produktion — wie dies heute der Fall ist sowohl mit dem kleinen wie mit dem großen Grundbesitz. Die Forderung, es ebenfalls zu verneinen, es wieder in Gemeingut zu verwandeln, tritt mit Notwendigkeit hervor. Aber diese Forderung bedeutet nicht die Wiederherstellung des altursprünglichen Gemeineigentums, sondern die Herstellung einer weit höheren, entwickelteren Form von Gemeinbesitz, die weit entfernt der Produktion eine Schranke zu werden, sie vielmehr erst entfesseln und ihr die volle Ausnutzung der modernen chemischen Entdeckungen und mechanischen Erfindungen gestatten wird.“

Diese Darlegung zeigt die verschiedensten Phasen der Entwicklung des Grundeigentums, doch entfernt davon, primitiven Zwergbesitz als Form von selbständigem Kleinbauernbetrieb neu durch Aufteilung zu schaffen, wie das Dehms fordert, weist sie genau den entgegengesetzten Weg. In dem Aufsatz in Nr. 6 der MZ wirft der Verfasser die Frage auf: „Läßt sich jene alte, heute für die meisten längst verschwundene Verbindung mit der Landwirtschaft nicht in irgendeiner Weise wieder anknüpfen?“ Nun hierauf hat die Entwicklung der letzten Zeit mit einem teilweisen Ja geantwortet. Überall reiht sich in den Städten, und erst recht in den ländlichen Orten, Gartenheimstätte an Gartenheimstätte. Hier auszubauen ist denkbar und auch möglich. Alles andre wird Utopie bleiben müssen, weil es dem kapitalistischen Entwicklungsprozeß zuwiderläuft. Heute steht die Überführung aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zur Tagesordnung. Bis dahin gibt es kein andres Mittel, die Arbeitslosenzahl zu vermindern, als **Arbeitszeitverkürzung**. Hier können und müssen die Anstrengungen der freien Gewerkschaften noch stärker einsetzen. Größtmögliche Aufteilung aller verfügbaren Arbeitsplätze unter die vorhandenen Arbeitshände, wenn immer möglich, mit Lohnausgleich. Wo aber die Kraft im einzelnen nicht ausreicht, auch ohnedem. Das ist sozialistisch, indem die

Heereskörper des Proletariats zusammengeschweißt, die Solidarität als oberster Grundsatz der Arbeiterbewegung gefördert und die Klasse als solche reif gemacht wird, durch gemeinsames Leid und gemeinsamen Kampf dieses Wirtschaftssystem durch das sozialistische zu ersetzen.
Karl Schoodt.

Zur Siedlungsfrage

Wenn die Regierung mit 200 Millionen M 100 000 Siedlungsplätze schaffen will, so muß man sich fragen, wie sie mit 2000 M, die hier für den einzelnen zur Verfügung gestellt werden sollen, einigermaßen brauchbare Bedingungen schaffen will. Wenn volkswirtschaftlich etwas Ersprießliches durch die Siedlung geschaffen werden soll, so ist eine intensive Bewirtschaftung des Bodens unerlässlich. Das bedeutet aber, daß der einzelnen Bauer oder Siedler mit den neuesten technischen Errungenschaften der Landwirtschaft vertraut sein muß. Das Vertrautsein allein nützt natürlich noch nichts, wenn die Mittel zur Beschaffung der nötigen Maschinen und Apparate fehlen. Mit den 500 M, die hierfür je Siedler im Regierungsvorschlag vorgesehen sind, wird nicht viel zu beschaffen sein. Das soll uns indessen jetzt nicht kümmern, wohl aber die Frage: wie steht es mit dem technischen Wissen der Siedler überhaupt? Ein Bauer, der auf dem Lande herangewachsen ist, also von Kindheit an mit allen Arbeiten der Landwirtschaft vertraut ist und ein Besitztum sein eigen nennt, das das Mindestmaß dessen darstellt, was die Reichsregierung als Höchstmaß für die Siedlungen plant, ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen gerade in der Lage, durchzukommen. Wenn nun aber Arbeiter aus der Stadt plötzlich als Siedler in die Landwirtschaft kommen, werden sie dann in der Lage sein, denselben Ertrag aus dem Boden herauszuwirtschaften wie der Bauer mit seiner jahrzehntelangen Erfahrung? Hat sich die Reichsregierung diese Frage auch vorgelegt?

Der Siedler braucht zunächst einmal, um den Ertrag eines Kleinbauern zu erhalten, wesentlich mehr Land als dieser, zum anderen soll man doch nicht glauben, daß der Städter, der gelernte oder ungelernete Fabrikarbeiter, mit einem Schlag Bauer werden kann. Um den Städter in einen Bauer zu verwandeln, wird eine Umschulung notwendig sein. Für diese Umschulung kommen aber nicht etwa nur die 100 000 Siedler selbst in Frage, sondern auch die Frauen. Denn nirgends nimmt die Frau in der Wirtschaft einen wichtigeren Platz ein als im bäuerlichen Kleinbetrieb. So stellt sich also die Zahl der für die Umschulung in Frage Kommenden auf 200 000. Gewiß ist einzuwenden, daß ein Teil davon entweder auf dem Land herangewachsen ist oder anderweitig Kenntnisse von der Landwirtschaft erhalten hat. Trotzdem kann auch in diesen Fällen von einer Schulung nicht abgesehen werden, da Lücken vorhanden sind oder das vor zwanzig Jahren Erlernete heute völlig überholt ist. Wenn also die deutsche Landwirtschaft mehr als bisher auf Kleinbetrieb umgestellt werden soll, so ist es erste Notwendigkeit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Ohne diese Umschulung aber ist der ganze Siedlungsplan, soweit er sich auf Bauerbetrieb bezieht, zum Scheitern verurteilt. Das Ergebnis würde eine Vergrößerung der Schwierigkeiten der Agrarwirtschaft sein. Und wenn geplant ist, mit den Siedlungen den Lebensstand der unteren Volksschichten zu heben, so könnte das leicht in das Gegenteil umschlagen.

Die Frage der Umschulung ist jedoch keinesfalls die letzte Schwierigkeit, die große finanzielle Mittel erfordert. Die Schaffung von Organisationen für den Vertrieb der Produkte der Siedler scheint mir vor der Hand auch noch eine unbeantwortete Frage zu sein. Denn die Siedler, völlig unorganisiert, den Großhändlern auszuliefern, geht nicht an. Werden aber zu alledem die nötigen Geldsummen vorhanden sein?
K. B., Leipzig.

Die freien Gewerkschaften zur Siedlung

Die Siedlung wird zur Zeit von der ganzen Arbeiterschaft lebhaft erörtert, weil sie darin einen Weg aus der Trostlosigkeit der Arbeitslosigkeit sieht. Auch in den Spalten unserer Zeitung ist die Sache von verschiedenen Seiten betrachtet worden. Nun haben sich auch die Vorstände des ADGB und des AFA-Bundes damit beschäftigt. Sie haben ihre Meinung in einer Entschließung niedergelegt, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Bestimmungen der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 über Siedlungswesen sowie die zahlreichen Vorschläge zur Ansiedlung von 100 000 Erwerbslosen lassen es geraten erscheinen, vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen, um späterer Enttäuschung vorzubeugen. Die finanzielle Notlage sämtlicher öffentlicher Verwaltungen und Körperschaften und die trostlose Lage von Millionen Erwerbslosen werden dazu zwingen, in erster Linie mit geringen Mitteln rasch wirkende Erleichterungen zu schaffen.“

Die bisher im Vordergrund staatlicher Tätigkeit stehende landwirtschaftliche Siedlung ist nach Kräften weiter zu fördern. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und fachliche Eignung der Siedler. Die ländliche Siedlung hat vor allem den Zweck, die Erwerbslosen auf dem Lande durch Überlassung genügend großer Siedlungsstellen zu tragbaren Bedingungen bodenständig zu machen, um der Landflucht und der damit verbundenen Überlastung des städtischen Arbeitsmarktes entgegenzuwirken.

Die bisherigen Pläne zur Durchführung von Stadtrand-siedlungen setzen ebenfalls beträchtliche Geldmittel voraus. Eine selbständige Existenz bieten sie jedoch dem Siedler nicht, weil bei der vorgesehenen Größe der Siedlerstellen durch Bodenbearbeitung und Kleintierzucht nur ein geringer Beitrag zum Lebensunterhalt erarbeitet werden kann. Die Stadtrand-siedlung setzt also Weiterbeschäftigung des Siedlers in seinem Beruf oder den Bezug von Arbeitslosenunterstützung voraus. In der augenblicklichen Notlage ist daher den Arbeitslosen Kleingartenland in weitestem Umfang zur Verfügung zu stellen. Der Kleingarten erfordert verhältnismäßig geringe Anlagekosten, seine Bewirtschaftung keine Spezialkenntnisse, er bietet dem Erwerbslosen ein Betätigungsfeld und nach kurzer Zeit einen Nahrungsmittelzuschuß.

Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Zuteilung von Kleingärten sind vor allem: Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung, weitgehende Fahrpreisvergünstigungen für das ganze Jahr, geringer Pachtpreis und langjähriger Pachtvertrag, Betreuung, Belehrung und Belieferung durch den gemeinnützigen Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands und seine Genossenschaften, Gewährung von Einrichtungsbeihilfen.

Außerdem fordern wir eine stärkere Förderung der Kleinhäusiedlung durch Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes, häufigere Anwendung des Erbbaurechtes, Beseitigung der erschwerenden Bestimmungen über Wohnungsgenehmigung, um den Baumarkt zu beleben und diese Siedlungen lebensfähig zu erhalten.

Die materielle und seelische Not der Erwerbslosen erfordert unverzügliches Handeln. Geeigneter Boden ist rings um die Städte und selbst inmitten der Wohnblocks reichlich vorhanden. Von den Verwaltungen des Reiches und der Länder, von den Magistraten und Stadtverordnetenkollegien erwarten wir, daß unter Zurückstellung bürokratischer Bedenken schnell und umsichtig gehandelt wird.“

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen in deutscher Beleuchtung

Im Anschluß an die Beschwerden, die von russischer Seite über mangelhaftes Entgegenkommen Deutschlands vorgebracht werden, kann man die Auffassung der deutschen Stellen dahin kennzeichnen, daß vor allem die deutsche Regierung alles, was in ihrer Macht steht, getan hat, um die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland so umfassend wie irgend möglich zu gestalten. In erster Linie bezieht sich das auf die für Deutschland zur Zeit besonders schwierige Kreditierung der russischen Zahlungen, die zu einem sehr großen Teil für die auf Grund des Abkommens vom April dieses Jahres erfolgten Bestellungen, erst im Jahre 1933 zu erfolgen haben. Es bedeutet eine vollkommene Verkenning der tatsächlich gegebenen Möglichkeiten, wenn gegen die deutsche Regierung der Vorwurf erhoben wird, daß sie den Artikel I des Wirtschaftsabkommens von 1925, der vorsieht, daß beide Teile bemüht sein werden, den Handel möglichst bald auf den Vorkriegsstand zu bringen, nicht erfüllt habe. Die deutsche Regierung ist bekanntlich nicht in der Lage, den deutschen Firmen vorzuschreiben, wo sie einkaufen sollen. Derartige Möglichkeiten bietet ein privatkapitalistisches System keiner Regierung. In dieser Beziehung ist die Sowjetregierung allerdings in einer viel günstigeren Lage, da sie selbst die gesamten Einkäufe im Ausland vornimmt.

Der Hinweis darauf, daß die deutsche Regierung eine Reihe von Reichsbetrieben (Reichseisenbahn, Post und anderes) besitzt, die als Käufer russischer Erzeugnisse in Betracht kämen, ist insofern nicht stichhaltig, als, wie die entsprechenden Voraussetzungen ergeben haben, es sich nur um sehr geringe, gar nicht ins Gewicht fallende Summen handeln könnte, für die allenfalls in Rußland Einkäufe für die genannten Betriebe getätigt werden könnten. Trotz dieser sehr beschränkten Möglichkeiten besteht aber deutscherseits durchaus der Wille, den russischen Wünschen entgegenzukommen, um die Passivität, die die deutsch-russische Handelsbilanz für Rußland aufweist, zu verringern. Allerdings kann sich die deutsche Regierung nicht auf den Standpunkt stellen, daß die Lieferung russischer Waren (Holz, Flachs, Getreide usw.) als Zahlung für den deutschen Export nach Rußland gelten soll. Zur Durchführung eines solchen Systems fehlt, wie gesagt, der deutschen Regierung jede Handhabe.

Die recht unerwartet erfolgten Beschwerden der Russen über angebliche Vernachlässigung und Beeinträchtigung ihres Exports durch Deutschland sind vor allem wohl darauf zurückzuführen, daß infolge zunehmender Schwierigkeiten, auf die der russische Export allenthalben im Zusammenhang mit der Weltkrise stößt, die Sowjetregierung offenbar fürchtet, nicht genug ausländische Valuta zur Bezahlung ihres Importes aufbringen zu können. Diese Sorgen können wir nur auf das lebhafteste teilen, denn, falls wirklich der russische Export wertmäßig weiter stark zurückgehen sollte, so wäre immerhin die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetregierung, dem Beispiel kapitalistischer Länder folgend, den Vorschlag macht, über ein Stundungsmoratorium ihrer Zahlungen zu verhandeln, was natürlich auf die Abwicklung der zurzeit sich auf rund eine Milliarde Mark belaufenden russischen Aufträge in Deutschland recht ungünstig auswirken müßte.

Im übrigen sind nach deutscher Auffassung die Vorwürfe, die in einem Teil der Sowjetpresse gegen Deutschland erhoben werden, maßlos übertrieben. Wenn zum Beispiel im Trud (6. Oktober) behauptet wird, daß „eine wahnsinnige Hetze gegen bestimmte sowjetrussische Exportartikel, wie Erdöl und Holz, getrieben wird“, so entspricht das, wie jeder in Deutschland weiß, nicht den Tatsachen.

Weshalb gab Schweden die Goldwährung auf?

Die Widerstandskraft Schwedens gegenüber der Weltkrise war noch im Jahre 1930 außerordentlich groß. Die Produktion ging gegenüber dem Vorjahre kaum zurück und verharrte auf einem hohen Stand. Die Handelsbilanz Schwedens entwickelte sich günstig. So war es überraschend, daß Schweden kurze Zeit, nachdem England die Goldwährung aufgegeben hatte, sich von der Goldwährung löste. Indessen handelte die schwedische Regierung in einer schweren Zwangslage. Zweites belastete die schwedische Wirtschaft. Einmal hat sich die Handelsbilanz 1931 sehr zuungunsten Schwedens entwickelt. In den ersten acht Monaten des Jahres ergab sich der ungewöhnlich hohe Einfuhrüberschuß von 226 Millionen Kronen. Zum anderen haben die ausländischen Gläubiger, die in Schweden Guthaben unterhielten, infolge der internationalen Kreditkrise und der Erschütterung des Vertrauens in die Banken die Kredite gekündigt. Schweden hat sich ähnlich wie England in wachsendem Umfange darauf eingestellt, kurzfristige Kredite im Auslande in Anspruch zu nehmen, um damit langfristige Kapitalausfuhr zu finanzieren. Auch als Folge der Kapitalflucht wurden Kapitalien nach Schweden gelegt. Nach Kündigung all dieser Auslandskredite blieb Schweden nichts anderes übrig, als eine größere Auslandsanleihe nachzusuchen. Da diese Anleihe infolge der internationalen Kreditkrise nicht zu erhalten war, hatte Schweden keine andere Möglichkeit, als die Goldwährung zeitweilig aufzugeben.

Die Sozialisierung in der spanischen Verfassung

In die neue spanische Verfassung wurden Bedingungen aufgenommen, die dem Staat die Sozialisierung der lebenswichtigen Produktionszweige zur Pflicht machen. Nach dem Verfassungsgesetz gehören die Naturschätze dem Staat und sollen allmählich in den Besitz der Gemeinschaft überführt werden. Die Sozialisierung soll normalerweise mit entsprechender Entschädigung der früheren Besitzer erfolgen, es wird aber ausdrücklich gestattet, von diesem Grundsatz abzuweichen, wenn die höheren Interessen des Staates es erfordern. Die Sozialisierung der Versorgungsbetriebe, der Bergwerke, der verschiedenen Handelsmonopole soll in möglichst kurzer Zeit durchgeführt werden. Die Verfassung wurde von den Rechtsparteien scharf bekämpft, wurde aber trotzdem von der Mehrheit des Parlaments angenommen.

Zweierlei Fremdenbehandlung

Einen seltsamen Doppelfall von Behandlung der Ausländer in der Schweiz berichtet ein französischer Arbeitersekretär in der Zeitung des französischen Gewerkschaftsbundes Le Peuple: Ein französischer Multimillionär suchte sich die Stadt Lausanne in der Schweiz zum Aufenthaltsort aus, weil nach der dortigen kantonalen Bestimmung reiche Ausländer für die Zeit von zehn Jahren von der Zahlung der Einkommensteuer entbunden sind. Der Millionär, der sich auf diese Weise der Einkommensbesteuerung seines Heimatlandes entzog, beschäftigte einen Privatsekretär französischer Nationalität. Er erhielt jedoch von der Schweizer Behörde die Mitteilung, daß seinem Sekretär die Aufenthaltserlaubnis verweigert werde, und die Aufforderung, diesen Sekretär zu entlassen und ihn durch einen Schweizer zu ersetzen. Der französische Privatsekretär wandte sich an die französische Gesandtschaft, die jedoch eine Intervention ablehnte. Darüber beklagt sich der Verfasser des Artikels, der erwähnte Arbeitersekretär, mit dem Hinweis, daß es der französischen Gesandtschaft ein leichtes gewesen wäre, auf die Schweizer Behörden einen Druck auszuüben in Anbetracht der Tatsache, daß 140 000 Schweizer Arbeiter in Frankreich das Gastrecht genießen gegenüber nur 60 000 Franzosen in der Schweiz.

